

Riesige Empörung über CSU und Freie Wähler wegen der "Strebs"

Bayern



Nach der "Strabs" gibt es in Bayern Streit um die "Strebs", die Straßenerschließungsbeiträge.

Bild: Elisa Glöckner (Symbol)

Viele bayerische Bürgermeister quer durch alle Parteien sehen sich im Dauerstreit um die Straßenerschließungsbeiträge. Einer spricht von einer ganz fiesen Tour.



VON [ULI BACHMEIER](#)

Der Regierungskoalition aus [CSU](#) und Freien Wählern (FW) schlägt aus den Städten und Gemeinden Bayerns eine Welle der Empörung entgegen. Viele Bürgermeister sehen sich im Dauerstreit um die Straßenerschließungsbeiträge („Strebs“) nicht nur als Opfer eines „Schwarzer-Peter-Spiels“, sondern fühlen sich obendrein verunglimpft – von ihren eigenen Parteifreunden in München.

Einen finanziellen Ausgleich wie schon bei den "Strabs" soll es dabei aber nicht geben

Auslöser war eine Pressekonferenz im Landtag, bei der Abgeordnete von CSU und [FW](#) – wie berichtet – verkündet hatten, eine gesetzliche Regelung für Altfälle bei der Straßenerschließung gefunden zu haben. Danach soll es den Gemeinden freigestellt werden, ob sie den betroffenen Grundstückseigentümern die Beiträge für die Erschließung ihrer Straße erlassen oder nicht. Einen finanziellen Ausgleich wie zuvor schon bei den Straßenausbaubeiträgen („Strabs“) soll es dabei aber nicht geben.

Als erster reagierte Gemeindetagspräsident Uwe Brandl (CSU): „Damit gibt die Politik den Gemeinden und Städten Steine statt

Brot. Offensichtlich getrieben von Ängsten vor der anstehenden Kommunalwahl planen Freie Wähler und CSU eine politische Pirouette, um sich bei den Wählerinnen und Wählern lieb Kind zu machen.“ Brandl, wohlgermerkt selbst Mitglied der CSU, nannte das Vorgehen „eine ganz fiese Tour von Freien Wählern und CSU“.



[Lesen Sie jetzt: Die heutige Ausgabe Ihrer Tageszeitung als E-Paper.](#)

Besonders hart geht es im Streit um die Kosten für den Straßenbau in Kaufbeuren zur Sache

Nun legt auch noch der Bayerische Städtetag nach. Geschäftsführer Bernd Buckenhofer spricht von einem „durchsichtigen Versuch“ von CSU und FW, „vermeintliche Wohltaten“ zu verkünden, deren Finanzierung aber den Kommunen zugeschoben werde. „Damit kommen zwar einzelne Grundstücksbesitzer in den Genuss günstiger Straßen – zahlen muss dafür die Allgemeinheit aller Steuerzahler.“ Wenn die Vertreter der beiden Fraktionen dann auch noch behaupten, die Kommunen hätten bei der Abrechnung von Straßenerschließungen selbst für Unsicherheit gesorgt, gehe dies an der Sache völlig vorbei. Buckenhofer: „Verursacht wurde diese nun beklagte

Verunsicherung von der Landespolitik selbst, die in den letzten Jahren Erwartungen von Bürgern auf Kostenfreiheit im Straßenbau geweckt hat, ohne aber einen Weg für eine tragfähige Finanzierung zu weisen. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel empfinden Kommunalpolitiker, die in der täglichen Verantwortung stehen, als kommunalfeindliche Brüskierung.“

„Das ist nicht der Umgang, den ich in unserer Partei mit kommunalpolitisch Verantwortlichen gewohnt war.“

Besonders hart geht es im Streit um die Kosten für den Straßenbau in Kaufbeuren zur Sache. Als Kontrahenten stehen sich dort der Landtagsabgeordnete Bernhard Pohl (FW) und Oberbürgermeister [Stefan Bosse](#) (CSU) gegenüber. Pohl hält Bosse vor, er habe „voreilig und mit Hochdruck Straßen fertiggestellt“, um sie vor dem Stichtag 2021 abrechnen zu können. Bosse fühlt sich zu Unrecht an den Pranger gestellt: „Man stellt die Bürgermeister als diejenigen hin, die völlig ohne Not die Bürger belastet hätten.“ Tatsächlich aber habe der Gesetzgeber mit einer Stichtagsregelung aus dem Jahr 2016 erst dazu gezwungen, Altfälle bis zum Jahr 2021 abzurechnen. Das erst habe die betroffenen Bürger auf die Beine. Sagt Bosse

München Donnerstag, 28.02.2019 - 15:27 Uhr [Kommentieren](#)

Spitzenverbände von Städten und Gemeinden schäumen: Anvisierte Regelung für alte Erschließungsmaßnahmen schiebe Kommunen den Schwarzen Peter zu

Mit der am Mittwoch von CSU und Freien Wählern im bayerischen Landtag verkündeten Lösung des Problems alter Straßenerschließungsbeiträge (Strebs) hat sich die Koalition massiv Prügel auch aus den eigenen Reihen eingehandelt. Nach dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags Uwe Brandl (CSU) hat am Donnerstag auch der Bayerische Städtetag massive Kritik an dem Vorhaben geäußert. Die Bürgermeister des Städtetags seien "empört über dieses Vorgehen", erklärte der Geschäftsführer des kommunalen Spitzenverbands Bernd Buckenhofer.

Vorsitzender des bayerischen Städtetags ist derzeit der Augsburger Oberbürgermeister und stellvertretender Vorsitzender der CSU. Sein Geschäftsführer geißelte gestern den Vorstoß von CSU- und Freie Wähler-Landtagsfraktion als den "durchsichtigen Versuch, vermeintliche Wohltaten zu verkünden". Gemeindetags-Chef Brandl hatte am Vortag von einer "ganz fiesen Tour" gesprochen.

CSU und Freien Wähler hatten angekündigt, durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für Altanlagen in das Ermessen der Kommunen zu stellen. Damit würden den Kommunalpolitikern "der Schwarze Peter zugeschoben", sagte Buckenhofer. Einzelne Grundstücksbesitzer kämen damit zwar in den Genuss günstiger Straßen, dafür zahlen müsse aber die Allgemeinheit.

Ganz schlecht kam bei den Spitzenverbänden der Städte und kreisangehörigen Gemeinden die Behauptung der Koalitionsparteien an, in vielen Fällen hätte der "politische Wille" gefehlt, die Kosten für Uralt-Maßnahmen noch bei den Bürgern geltend zu machen. Die von den Koalitionsparteien beschriebene Unsicherheit sei von ihnen selbst verursacht worden, sagte Städtetag-Geschäftsführer Buckenhofer. Sie hätten in in den letzten Jahren "Erwartungen von Bürgern auf Kostenfreiheit im Straßenbau geweckt, ohne einen Weg für eine tragfähige Finanzierung zu weisen. "Die Freien Wähler und die CSU versprechen Freibier, aber überlassen die Rechnung den Rathäusern und damit allen Steuerzahlern", so Buckenhofer.

Die Abrechnung der in Rede stehenden Alt-Erschließungsprojekte hätten die Kommunen nicht absichtlich 25 und mehr Jahre liegen gelassen, sondern dies habe in vielen Fällen dem Wunsch der Bürger entsprochen, diese Straßen nicht erstmalig herzustellen. In anderen Fällen sei der Grunderwerb verweigert worden, um eine Beitragspflicht gar nicht entstehen zu lassen, so Buckenhofer. Jetzt würden "ordentliche Beitragszahler verärgert, wenn nun die Nachbarn plötzlich nichts mehr bezahlen müssen".

Noch mehr Schelte für die "Strebs"-Initiative kam von Seiten der Grünen im bayerischen Landtag. Deren kommunalpolitische Sprecher Johannes Becher kritisierte ebenfalls, dass die Entscheidung da, ob Beiträge für alte Erschließungsmaßnahmen noch geltend gemacht werden, den Kommunen überlassen werden soll. Das sei nichts anderes als das "Abwälzen der Verantwortung auf die Kommunen und die ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderäte", so Becher. Der Grünen-Politiker forderte eine "Entschädigung" der Kommunen durch den Freistaat, weil die Regierungskoalition "Geschenke zu Lasten der Kommunen" verteile. Das sei "unwürdig und unfair". Bereits am Mittwoch hatte der kommunalpolitische Sprecher der SPD Klaus Adelt die "Kommunalschelte" von CSU und Freien Wählern "aufs Schärfste" zurückgewiesen.

Ralf Müller

<https://www.main-echo.de/regional/franken-bayern/art11994,6634978>